

leserInnenbriefe

Bedarf künstlich kleingerechnet

„Wer arm ist, bekommt auch nichts“, taz nord vom 9. 10. 19

Gut gemeint war da gar nichts, sondern es wurde von verkorksten unfähigen Eltern ausgegangen, die vom Geld ihrer Kinder Party machen. Dieser arrogante Stil passt genau zu Frau v. d. L. Statt Familien mit Kindern vernünftig auszustatten, wurde der Bedarf künstlich kleingerechnet. Bei dem Spargedanken kommt eine langsame Bewilligung gerade recht. Damit kann man dann noch mehr sparen. Martin_25, taz.de

Kindergeld bleibt Almosen

„Wer arm ist, bekommt auch nichts“, taz nord vom 9. 10. 19

„Stattdessen schlägt der Verband eine pauschale Auszahlung von 15 Euro pro Kind pro Monat vor.“ Das scheint mir genauso ungerrecht wie die Auszahlung von Kindergeld an alle Eltern.

Für die, die gut und eventuell doppelt verdienen, fallen 204 Euro nicht ins Gewicht, für die Familien, die aufgrund von Mindestlohnbezahlung kaum über die Runden kommen oder gar dadurch, dass sie alleinerziehend, also auch alleinverdienend sind, sich Kinder und deren Grundbedürfnisse in der hiesigen Gesellschaft überhaupt nicht mehr leisten können, reichen 204 Euro natürlich nicht aus, um Miete, Kleidung, Ernährung, Bildung und angemessene Teilhabe zu finanzieren. Und bei den BezieherInnen von ALG II wird das Kindergeld sogar komplett als Einkommen angerechnet und von der laufenden Leistung abgezogen.

Hier profitieren die Kinder also nicht im Geringsten davon, dass das Kindergeld künstlich erhöht wurde. Wer glaubt, dass die Auszahlung von 15 Euro Almosen, die nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden soll, sich günstig auf die Bildung und Teilhabe von bislang benachteiligten Kindern und Jugendlichen auswirkt, der glaubt vielleicht auch an die Rettung unseres Planeten durch das kürzlich beschlossene deutsche Klimapaket. Oder daran, dass die Einführung der Leih-E-Roller in Hamburg Menschen davon abhält, ihre Kinder mit dem SUV zur Schule zu fahren ... Clara0815, taz.de

Aus Angst keine Kinder

„Wer arm ist, bekommt auch nichts“, taz nord vom 9. 10. 19

taz-Zitat: „Darüber hinaus gelinge es manchen Kommunen nicht, das Antragsprozedere so zu vereinfachen, dass es betroffene Familien dazu einlädt, die Leistungen zu beantragen.“

Ist der bundesdeutschen Politik eigentlich klar, dass sich viele (Ehe-)Paare in unserer Gesellschaft bewusst gegen Kinder entscheiden – auch oder gerade aus Angst vor finanzieller Benachteiligung. Thomas Brunst, taz.de



taz nord
Strosemannstr. 23
22769 Hamburg
briefe@taz-nord.de
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nazi-Held hat ausgedient

Soldaten der Lent-Kaserne in Rotenburg/Wümme haben sich für einen Freiheitskämpfer gegen Napoleon als Namensgeber entschieden. Dafür brauchte es ein wenig Nachhilfe



Künftig soll hier „Düring-Kaserne“ stehen
Foto: Ingo Wagner

Von Gernot Knödler

Statt nach einem Nazi-Kampfflieger wird die Jägerkaserne in Rotenburg/Wümme künftig wohl nach einem Offizier aus den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Besatzung benannt. Das zumindest haben die Soldaten des Jägerbataillons 91 vorgeschlagen, das in der Kaserne zu Hause ist. Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken ergab, prüft jetzt der Inspekteur des Heeres den Vorschlag. Danach werden noch die Stadt und der Landkreis gehört. Schließlich muss Bundesverteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer (CDU) dem Vorschlag zustimmen.

Der jetzt auf den Weg gebrachten Umbenennung ging eine mehrjährige Debatte voraus. Noch vor zwei Jahren sperrten sich die Mehrheiten im Stadtrat, Kreistag und auch die Soldaten gegen eine Umbenennung. Landrat Hermann Luttmann (CDU) mailte der dpa: „Eine Änderung würde nur dazu

führen, dass in weiten Teilen der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entsteht beziehungsweise verfestigt wird, Helmut Lent sei ein Nazi gewesen. Das hat weder er noch seine Familie verdient.“

Allerdings dokumentiert ein Erinnerungsbuch seiner Witwe Lena einen Brief des Geschwaderchefs an seine Jagdflieger-Kommandeure vom August 1944. Darin forderte er sie auf, „in leidenschaftlicher und fanatischer Weise bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen“. Feige Besatzungen müssten ausgerotet werden.

Als Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten war Lent so dekoriert wie Erwin Rommel. Die Brillanten erhielt er für seinen 100. Nachtabschuss als Jagdflieger.

Nach dem neuen Traditionserlass, den die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im März 2018 herausgab, reicht militärische Leistung aber nicht mehr aus, um als Vorbild zu taugen. „Heute kann nur ein soldatisches Selbstverständnis mit

Wertebindung, das sich nicht allein auf professionelles Können im Gefecht reduziert, sinn- und traditionsstiftend sein, weswegen die ‚Lent-Kaserne‘ umzubenennen ist“, antwortete die Bundesregierung der Linken.

Zwar sei es auf Grundlage eingehender Einzelfallbetrachtung grundsätzlich möglich, Wehrmachtsangehörige in das Traditionsgut der Bundeswehr aufzunehmen. Die Abwägung müsse aber die Frage der persönlichen Schuld berücksichtigen und „eine Leistung zur Bedingung machen, die vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt, etwa die Beteiligung an militärischen Widerstand gegen das NS-Regime oder besondere Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr“.

Sinn stiften soll jetzt Johann Christian von Düring (1792 bis 1862), ein hannoverscher Forstbeamter und Freikorpsführer. Als im Frühjahr 1813 die Erhebung gegen Napoleon begann, stellte er nach Angaben der Deutschen Biographie auf eigene Faust eine Truppe von

Forstleuten auf und machte bei den beiden Feldzügen mit, die mit der Niederlage Napoleons bei Waterloo endeten.

Nach ein paar weiteren Jahren beim Militär wurde er Forstmeister zu Rotenburg und Northeim. Zwischenzeitlich leitete er die Ausbildung des Kronprinzen Georg von Hannover. In Rotenburg betrieb er umfangreiche Aufforstungen. Zu diesen gehört ein Eichenhain, der heute zum Gelände der Jägerkaserne gehört und in dem Dürings Grabmal steht.

Wohl deshalb findet sich unter den weiteren Namensvorschlägen, die diskutiert wurden, auch „Eichen-Kaserne“ – neben „Graf Yorck von Wartenburg-Kaserne“. So hieß einer der Widerständler vom 20. Juli, aber auch der preußische General, der ohne die Einwilligung seines Königs mit seinem Korps von den Franzosen zu den Russen überlief.

Mit Blick auf Düring sagt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke): „Die Bundeswehr wird noch ausführen müssen, worin genau die geforderte ‚Wertebindung‘ des neuen Namensgebers liegt.“ Positiv sei, dass die Ehrung eines Wehrmachtsangehörigen, der bis zu seinem Tod für das NS-Regime kämpfte, endlich aufhöre; negativ, „dass die Soldaten am Standort zu dieser Entscheidung von ganz oben gezwungen werden müssten“.

Das verrate, dass die Wehrmacht im Alltag vor Ort immer noch in gutem Ruf stehe – völlig unverdient, wie Jelpke findet, denn sie sei eine verbrecherische Truppe gewesen, die einem verbrecherischen Zweck gedient habe. „Menschen, die die Wehrmacht glorifizieren, dürfen in Deutschland nicht an die Waffe gelassen werden“, fordert sie.

Kurz das Zelt aufgeschlagen: Mietpreisprotest



Ein großes Camp war das nicht, was die Partei Die Linke da in Hannover veranstaltet hat. Und über Nacht geblieben sind die Bundestagsabgeordneten Diether Dehm (links), Victor Perle und ihre MitstreiterInnen auch nicht. Trotzdem wollen die Linken mit ihrem Iglu-Zelt am Conti-Campus der Leibniz-Uni die Aufmerksamkeit auf ein Problem richten, das im Oktober vor allem Erstsemester betrifft: steigende Mieten und knapper Wohnraum in Niedersachsen.

„Studierende, die von außerhalb kommen, haben arge Probleme“, sagt der Landesvorsitzende Lars Leopold. Die Linke, die derzeit nicht im Landtag sitzt, fordert daher einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild, mit dem Kommunen Mietsteigerungen für fünf Jahre unterbinden können, und eine Landesbaugesellschaft für sozialen Wohnungsbau. „Wenn alles nicht reicht, muss man auch über Enteignung nach Grundgesetz reden“, so Leopold. (taz/dpa)

nachrichten

Elektrozüge für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein hat 55 Elektrozüge beim internationalen Bahnhersteller Stadler bestellt. Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) und der Deutschland-Chef des Bahnherstellers, Jure Mikolicic, unterzeichneten am Montag in Kiel den Liefervertrag. Der Auftragswert liegt bei rund 600 Millionen Euro. Ende 2022 sollen die ersten Akku-Elektrozüge durch Schleswig-Holstein rollen. (dpa)

Antisemitischer Anschlag auf Gedenkkranz

Unbekannte haben einen Trauerkranz in der Fußgängerzone in Gerharden in der Region Hannover angezündet, der vor einer jüdischen Gedenktafel lag. Verbrannt seien dabei Teile des Kranzes und ein Zettel, auf dem Solidaritätsbekundungen mit allen Menschen jüdischen

Glaubens standen, sagte eine Polizeisprecherin am Montag. Die Tat ereignete sich demnach zwischen Samstagmittag und Sonntagmorgen. Der Kranz sei kurz nach den tödlichen Angriffen vor einer Synagoge und einem Döner-Imbiss in Halle/Saale dort hingelegt worden. Die Polizei ermittelt nun. (dpa)

Zwangsprostituierte befreit

Bei einer Razzia in einem Bordell in Hannover hat die Polizei fünf eingesperrte Zwangsprostituierte befreit. Erst als die Fahnder mit einigem Aufwand ein Regal zur Seite schoben, stießen sie in einem winzigen Versteck auf die fünf Frauen im Alter von 30 bis 44 Jahren, wie die Polizei am Montag mitteilte. In dem Bordell entdeckten die Beamten noch ein weiteres Versteck, in dem sich aber niemand aufhielt. (dpa)